

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Der Streit um die "Fischfangterrassen" heizt die antijapanischen Emotionen neu an

Rund 190 km nordöstlich von Taiwan und etwa 230 km südwestlich von Okinawa liegt eine Gruppe von winzigen Klippeninseln, die von den Chinesen *Diaoyutai* (Fischerterrassen) und von den Japanern *Senkaku* ("Spitzpavillon") genannt werden. Sie sind unbewohnbar, haben aber seit langer Zeit wegen ihrer terrassenförmigen Erhöhungen Fischern oder gekenterten Seeleuten als vorübergehende Zuflucht gedient. Zum Angelpunkt ernsthafter Streitigkeiten zwischen China, Taiwan und Japan wurden sie erst, nachdem Geologen Ende der sechziger Jahre die Vermutung geäußert hatten, es könne in der Umgebung Öl geben.

Im Juli 1970 hatte die Regierung in Taibei dem US-Ölkonzern Gulf Oil Corporation die Konzession zur Erschließung der Ölquellen in der Umgebung von Diaoyutai erteilt, woraufhin die japanische Regierung Einspruch erhoben hatte, weil die Insel ja zur japanischen Ryukyu-Kette gehöre, die seinerzeit noch unter US-Militärverwaltung stand und erst später, nämlich 1972, an Japan zurückgegeben werden sollte.

Der japanische Einspruch hatte schon damals Empörung ausgelöst und eine Gruppe von taiwanesischen Journalisten veranlaßt, am 25. August 1970 auf Diaoyutai die Nationalflagge der Republik zu hissen, die dann später von der japanischen Ryukyu-Polizei wieder entfernt wurde.

Japan beruft sich bei seinen Souveränitätsansprüchen auf die Zugehörigkeit "Senkakus" zur Ryukyu-Gruppe, während Taiwan darauf hinweist, daß die japanischen Behörden bis zum chinesisch-japanischen Krieg von 1894 stets davor zurückgeschreckt seien, japani-

sche Besitzansprüche geltend zu machen. Erst nach 1895 sei dann auch Diaoyutai gewaltsam besetzt worden.

Die USA, die im Zuge der Niederlage Japans nach 1945 nicht nur Japan selbst, sondern auch die Ryukyu-Inseln sowie vorübergehend auch Taiwan besetzt und verschiedene Inseln, darunter Diaoyutai noch jahrzehntelang als militärisches Übungsgebiet in Anspruch genommen hatten, wollten zu diesem Streit zwischen Tokyo und Taibei nicht Stellung nehmen, setzten aber die US-Ölfirmer unter Druck, ihre bereits begonnenen Bohrarbeiten in den umstrittenen Gebieten im Ostchinesischen Meer wieder einzustellen.

Was die VR China anbelangt, so geht sie davon aus, daß die Provinz Taiwan

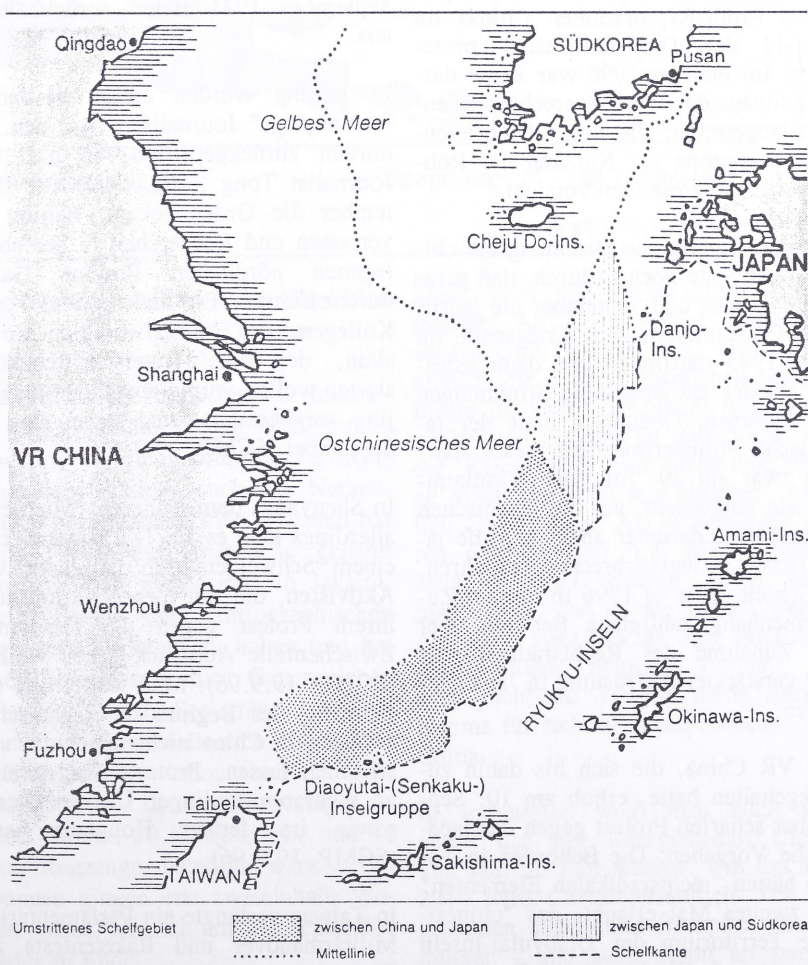
und die zu ihr gehörenden Inseln, einschließlich Diaoyutais, "geheiligte Territorien Chinas" sind und daß deshalb auch die dort lagernden Bodenschätze ausnahmslos der VRCh gehörten (Darstellung bei Y.H. Nieh, "Taiwans See-rechtsansprüche", in: Werner Draguhn (Hrsg.), *Umstrittene Seegebiete in Ost- und Südostasien*, Bd. 145 der Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Hamburg 1985, S. 232-235).

Als 1978 diplomatische Beziehungen zwischen Beijing und Tokyo aufgenommen wurden, bemühte sich die chinesische Führung darum, die Souveränitätsfrage einstweilen auszuklammern und statt dessen die Inseln wirtschaftlich gemeinsam zu entwickeln.

Kurze Zeit vorher, nämlich im April 1978, war der Inselstreit erneut hochgekocht, als nämlich rund 200 chinesische Trawler in der Umgebung von Diaoyutai für die chinesischen Besitzansprüche demonstrierten (dazu C.a., Mai 1978, S. 279 ff.).

Weder im Kommuniqué vom 29. September 1972 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und Tokyo noch im chinesisch-

Der chinesisch-japanische Inselstreit



japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag vom 12. August 1978 wurde jedoch die Zugehörigkeit von Diaoyutai erwähnt, so daß eine klare Entscheidung der Frage bis heute aussteht.

Im Herbst 1996 kam es nun - nach den Zwischenfällen von 1970 und 1978 - zu einem dritten Höhepunkt der Auseinandersetzungen. Anlaß dafür waren Aktionen rechtsradikaler japanischer Jugendorganisationen, die am 14. Juli (Truppenentsendung gefordert: SCMP, 10.9.96) auf einigen der Senkaku-Inseln die japanische Fahne hißten und außerdem einen Leuchtturm aus Leichtmetall errichteten. Die VR China hielt sich bei diesen Vorfällen zurück und hoffte offensichtlich, daß die Sache bald wieder einschlafen würde. Durch diese Passivität möglicherweise ermutigt, kam es dann am 9. September zu einer zweiten Okkupation der Insel, die von der japanischen Küstenwache offensichtlich wohlwollend "übersehen" wurde. Gleichzeitig trieb die Küstenwache mehrere Boote chinesischer Aktivisten aus Taiwan und Hongkong zurück, die hier gegensteuern wollten.

Bereits im Dezember 1995 hatte Japan gegen Erdöl-Explorationen Chinas im Umfeld der Diaoyutai-Inseln protestiert. Im Februar 1996 war Japan darüber hinaus der UNO-Seerechtskonvention beigetreten, die eine 200-Meilen-Wirtschaftszone zur Nutzung der Rohstoffe am Meeresboden vorsieht.

Angeheizt wurde die Stimmung auf chinesischer Seite noch dadurch, daß gerade im August und September die jährlichen Gedenkfeiern zum Kriegsende im Jahre 1945 stattfinden und dann jedesmal wieder antijapanische Stimmungen hochkommen. Obendrein hatte der japanische Ministerpräsident dieses Jahr, und zwar am 29. Juli, den Yasukuni-Schrein aufgesucht, um die japanischen Kriegstoten, darunter aber auch die japanischen Kriegsverbrecher, zu ehren. Außerdem hatte es 1996 in diesem Zusammenhang zahlreiche Berichte über die Zunahme des Rechtsradikalismus und verstärkter Aufrüstung in Japan gegeben.

Die VR China, die sich bis dahin zurückgehalten hatte, erhob am 10. September scharfen Protest gegen das japanische Vorgehen: Die Behörden in Tokyo hätten "rechtsradikalen Elementen" ein zweites Mal erlaubt, das "chinesische Territorium der Diaoyutai-Inseln zu besetzen". Die japanische Regierung

solle schleunigst gegen diese illegalen Aktionen vorgehen (XNA in SWB, 11.9.96).

Antijapanische Aktivisten aus verschiedenen Provinzen Chinas hatten die Beijinger Führung aufgefordert, Chinas Anspruch auf die Inseln nicht nur politisch geltend zu machen, sondern auch militärisch Farbe zu bekennen. Auf ihren Ruf, Kriegsschiffe zu entsenden, reagierte die Regierung jedoch ablehnend.

Die chinesische Marine blieb jedoch zurückhaltend. Lediglich am 2. und 3. September führte ein Schiff "Explorationen in der Nähe der umstrittenen Inseln im Ostchinesischen Meer durch" hieß es von japanischer Seite (Kyodo in SWB, 5.9.96).

Von Militärübungen und Raketenabgeschüssen, wie sie noch im Frühjahr 1996 in Richtung Taiwan stattgefunden haben, war diesmal jedoch keine Rede.

Auch die chinesische Presseberichterstattung über die "Verbrechen Japans im II. Weltkrieg", wie sie sonst üblich sind, oder aber über den Beginn des japanischen Überfalls auf China am 18. September 1931 fielen zurückhaltend aus.

In Beijing wurden einige besonders "aufmüpfige" Journalisten von den Behörden zurückgepfiffen, so u.a. der Journalist Tong Zeng, der Mitte September die Order bekam, Beijing zu verlassen und Recherchen in der abgelegenen nördlichen Provinz Gansu durchzuführen. Ein anderer von Tongs Kollegen, der Journalist Chen Zongshun, der eine Unterschriftenaktion starten wollte, wurde ebenfalls von Beijing wegbeordert, und zwar am 17. September (SCMP, 29.9.96).

In Shenyang, dem früheren "Mukden", allerdings kam es am 18. September zu einem Schweigemarsch tausender von Aktivisten, die mit dieser Aktion auch ihrem Protest gegen die Diaoyutai-Zwischenfälle Ausdruck geben wollten (SCMP, 19.9.96): Man wollte den 65. Jahrestag des Beginns der japanischen Invasion in China nicht ungenutzt streichen lassen. Proteste fanden auch an mehreren Beijinger Universitäten - sowie im fernen Hongkong statt (SCMP, 19.9.96).

In Taiwan verlangte ein Parlamentarier, Militärmanöver und Raketentests zur Einschüchterung Japans abzuhalten.

In der VR China wollte jedoch offensichtlich niemand die hohen japanischen Investitionen zum Stoppen bringen. An dieser klaren Interessenlage ändert auch die Tatsache nichts, daß ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums expressis verbis darauf hinwies, daß japanische Kritik an China und chinesische Souveränitätsansprüche hinsichtlich Diaoyutais nichts miteinander zu tun hätten (XNA in SWB, 5.9.96). Es sei doch ganz klar, daß China seine Souveränität über die Diaoyutai-Inseln wahrnehme. Jeder andere Staat würde sich genauso verhalten (so ein Sprecher des Außenministeriums am 5.9.96 (XNA in SWB, 7.9.96)).

Da sich die VR China so vornehm zurückhaltend gab, erfolgte der - ohnehin in der Luft hängende - Eklat von einer anderen Stelle her - möglicherweise sogar in stillem Einvernehmen mit Beijing.

Einzelheiten über die Protestfahrten zum Archipel, über den Tod eines Aktivisten und über das Aufpflanzen der Flaggen Taiwans sowie der VR China sind in der Übersicht "Chinesisch-patriotische Bewegung in Hongkong" im Hongkong-Abschnitt nachzulesen.

Obwohl die Aktionen nicht von der VR China ausgegangen waren, handelte es sich hier doch um den Ausbruch einer panchinesischen Welle des Patriotismus, wie er sich im übrigen bereits im Vorfeld in Form von Warenboykottaufrufen gegen Japan in Hongkong und Taipei angekündigt hatte. Im übrigen pilgerten in Hongkong rund 40.000 Menschen in den Victoria-Park, um dem dort aufgebahrten "Kämpfer für den Schutz der Diaoyutai-Inseln" die letzte Ehre zu erweisen. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen Japan, sondern offensichtlich auch gegen die Regierung der VR China, die aus Angst vor Ausschreitungen antijapanische Demonstrationen in Beijing verhinderte. In der Tat hatte die Regierung das Hochschlagen der Emotionen von vorneherein unter Kontrolle zu halten versucht, da sie zu wissen glaubte, daß antijapanische Demonstrationen schnell aus dem Ruder zu laufen pflegen, so z.B. im Zusammenhang mit der 4-Mai-Bewegung von 1919 oder aber mit den antijapanischen Demonstrationen vom Herbst 1986, wo sie sich schnell gegen Mißstände im eigenen Lande zu richten begannen.

Am 20.9.1996 einigten sich die Regierungen in Tokyo und Beijing darüber,

Die Natuna-Inseln Ein neuer Konfliktherd in Südostasien?



Copyright Institut für Asienkunde

hochrangige Gespräche über die Lösung ihrer Streitigkeiten im Ostchinesischen Meer zu führen. -we-

*(2)

Streit mit Indonesien um die Natuna-Inseln?

Der Natuna-Archipel liegt etwa auf halber Strecke zwischen der Malaiischen Halbinsel und Nordborneo und gehört, obwohl er geographisch eigentlich mit Malaysia verschwistert ist, zu Indonesien. Vom indonesischen Kalimantan/Borneo liegt der aus etwa einem Dutzend Inseln bestehende Archipel zwischen 50 und 250 km entfernt, von der äußersten Südgrenze der VR China, nämlich der Insel Hainan dagegen rund 1.700 km.

Seine hohe Bedeutung hat der Natuna-Archipel dadurch, daß dort das wohl größte Erdgaslager Indonesiens liegt.

Kein Wunder, daß auch die VR China das Gebiet gerne besitzen möchte.

Wie elektrisiert reagierten die Indonesier daher, als die VR China 1993 eine Landkarte veröffentlichte, die Territorialansprüche Chinas auch im Natuna-Bereich anzudeuten schien. Formell hat Beijing zwar nie Ansprüche geltend gemacht, doch glaubt man in Jakarta, eine Strategie der "kartographischen Aggression" erkannt zu haben und hat daher beschlossen, hier Gegenzeichen zu setzen: Am 2. September 1996 begannen im Natuna-Bereich die bisher umfangreichsten indonesischen Militärmanöver, bei denen nicht weniger als 19.000 Mann, 50 Kriegsschiffe und 41 Kampfflugzeuge beteiligt waren. Die Übungen gingen erst zweieinhalb Wochen später, nämlich am 19. September wieder zu Ende.

Zwar wies der indonesische Außenminister Ali Alatas am 4. September ausdrücklich darauf hin, daß China niemals die öl- und gasreichen Natuna-Inseln für sich beansprucht habe, doch wußte von Anfang an jedermann, daß die "Kriegsspiele" nur gegen eine einzige Macht gerichtet sein konnten - nämlich gegen China. Als Abwehrziele waren den Truppen u.a. MiG-Jagdflugzeuge bedeutet worden, wobei jedermann weiß, daß in der ganzen Region Asien nur zwei Mächte über MiG-Flotten verfügen, nämlich Vietnam, das auch nicht im Traume daran dächte, Natuna für sich zu beanspruchen, - und China.

In Indonesien weiß man auch sehr wohl, daß der Energiebedarf Chinas von Jahr zu Jahr wächst. Um das Jahr 2010 wird China vermutlich 20% der gesamten asiatischen Ölimporte tätigen müssen - und steht damit an zweiter

Stelle hinter Japan, das bis dahin rund 37% bestreitet. Falls in den nächsten Jahren nicht größere Funde gemacht werden, gerät China also in eine schwierige Versorgungslage, es sei denn, daß es sich vorher noch einige der Reservien im Südchinesischen Meer sichern kann - neben den Spratlys wäre hier vor allem Natuna ein besonders begehrenswertes Ziel! (SCMP, 5.u. 6.9.1996)

Obwohl China und Jakarta in aller Öffentlichkeit mit der Behauptung aufzutreten pflegen, daß sie miteinander keine Probleme haben - von strittigen Territorialfragen ganz zu schweigen -, war es doch auffällig, daß auf dem Höhepunkt der Natuna-Manöver der chinesische Generalstabschef Fu Quanyou nach Jakarta kam und dort unter anderem an der Nationalen Verteidigungsakademie einen Vortrag hielt, bei dem er die Friedenspolitik der VR China hervorhob: Für China zähle derzeit nur eine vorrangige Aufgabe, nämlich der ökonomische Aufbau, führte er aus. China gehe es daher ausschließlich um Verteidigungspolitik. Die Verteidigungsausgaben Chinas seien kaum der Rede wert und hätten, verglichen mit 1980, wo sie noch bei 4,34% des BIP lagen, 1995 ein Tief von 1,11% erreicht, während gleichzeitig die Ausgaben "gewisser Großmächte" weit über 2%, ja sogar bei 4% lägen. Chinas Verteidigungsbudget liege 1996 bei einer Summe von 8,4 Mrd. US\$, während das der USA auf 265 Mrd. komme, dasjenige Japans auf 48,4, Frankreichs auf 38, Großbritanniens auf 32,5 und Rußlands auf 16,5 Mrd. Auch die Militärindustrie werde umgestellt: zwei Drittel aller Industriebetriebe, die früher Waffen produziert haben, seien inzwischen zur Herstellung von Zivilgütern übergegangen. China setze sich im übrigen für die Abrüstung bei Nuklearwaffen sowie für nuklearwaffenfreie Zonen ein und habe eine feierliche Erklärung abgegeben, derzufolge es seine Nukleartests vom 30. Juli 1996 ab einstelle. China sei mit anderen Worten eine Friedensmacht; von einer Vorwärtspolitik könne keine Rede sein usw. (XNA in SWB, 16.9.96).

In Jakarta hat man solche Versicherungen sicher gerne gehört; ernsthaft geglaubt hat sie wohl niemand, da die Militärübungen noch acht Tage lang weitergingen, nachdem diese Rede (am 11. September) gehalten worden war.

Kein Zweifel: China hat verstanden, daß das Manöver als Warnung an seine Adresse gedacht war! -we-

*(3)

China mißbilligt US-Raketenangriffe auf den Irak

Am 3. und 4. September hatte die US-Luftwaffe Luftabwehr- und Kommunikationseinrichtungen im Südirak mit Marschflugkörpern bombardiert, wobei auch zivile Einrichtungen - und Zivilisten getroffen und getötet wurden.

Vorwand für Washingtons Eingreifen war diesmal der Angriff der Iraker auf die Basis der Patriotischen Union Kurdistans am 31. August in der sog. "Flugverbotszone" im Nordirak. Die dortige "Flugverbotszone" war nach dem Ende des Golfkriegs von den (unter Amerikas Einfluß stehenden) westlichen Mächten eingerichtet worden, ohne daß die UNO (u.a. auch die VR China) dazu ihre Einwilligung erteilt hätte. Gleichmaßen wurden die USA auch nicht, wie Beijing immer wieder hervorhebt, von der UNO dazu autorisiert, Gewalt gegen den Irak anzuwenden.

Man müsse vermuten, daß der Militärschlag der Amerikaner aus Wahlkampfgründen geführt worden sei; darüber hinaus sei Clinton auch von den innenpolitisch so überaus einflußreichen jüdischen Interessengruppen zu seiner "Politik der Stärke" veranlaßt worden.

Nicht zuletzt aber habe man die Rolle des Weltpolizisten untermauern wollen. Dieses amerikanische Verhalten sei zu verurteilen!

Ein Sprecher des Außenministeriums drückte "starke Mißbilligung" Chinas gegenüber diesen Angriffen aus. Die Souveränität des Irak und seine territoriale Integrität müßten strikt respektiert werden (XNA in SWB, 6.9.96). Es sei nicht hinnehmbar, daß eine militärische Supermacht ihre Überlegenheit ausspiele und daß "schwache Nationen gedemütigt" würden (XNA in SWB, 6.9.96). Die USA könnten es einfach nicht lassen, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen! -we-

*(4)

Scharfe Ablehnung der "Doppelanerkennungs"-Politik Südafrikas

Am 26. August 1996 hat der Südafrikanische Präsident Mandela bei einer Pressekonferenz darauf hingewiesen, daß sein Land Interesse daran habe, sowohl mit Taiwan (mit dem gegenwärtig noch diplomatische Beziehungen beste-

hen) als auch mit der VR China die "Beziehungen zu verbessern". Es wäre "unmoralisch", wenn Südafrika jetzt die Beziehungen zu Taiwan abbräche.

Beijing reagierte auf diese Bemerkungen mit Unverständnis und mit Empörung (XNA in SWB, 4.6.96). Seit Gründung der Volksrepublik sei das Prinzip eines einheitlichen Chinas stets die Voraussetzung für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der VRCh und anderen Ländern gewesen. Länder, die mit China diplomatische Beziehungen unterhalten, könnten zu Taiwan zwar wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen pflegen, unter keinen Umständen jedoch offizielle Beziehungen. Südafrika dürfe da keine Ausnahme sein: Wenn es darauf aus sei, mit China in diplomatische Beziehungen einzutreten, müsse es seine Verbindungen mit Taiwan abbrechen und die Regierung der VR China als die einzig legitime Regierung ganz Chinas anerkennen.

Die von Mandela angedeutete "Doppelanerkennung" laufe im Grunde auf das Konzept "zwei Chinas" bzw. "ein China, ein Taiwan" hinaus, also auf eine separatistische Option, wie sie von Beijing stets bekämpft worden sei.

Mandela, der ja selbst einen langwierigen Kampf um die Geburt eines neuen, von Apartheid freien Südafrika durchstehen mußte, sollte für Chinas Standpunkt eigentlich Verständnis haben: Man stelle sich vor, ausländische Kräfte würden vereinzelte Südafrikaner dazu ermuntern, separatistische schwarze oder weiße "Homelands" in Südafrika zu gründen. Würde der südafrikanische Staatsführer solchen Forderungen wirklich nachgeben!? Ein chinesisches Sprichwort lautet: "Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu".

Es könne auch keine Rede davon sein, daß es "unmoralisch" sei, die Beziehungen mit Taiwan abzubrechen. Tatsache sei doch, daß seit der Gründung der Volksrepublik die chinesische Regierung mit dem gerechten Kampf des afrikanischen Volkes gegen den Rassismus stets sympathisiert und seine Sache großzügig unterstützt habe. Generationen südafrikanischer Apartheid-Kämpfer, darunter auch Oliver Tambo und Präsident Mandela selbst, hätten China viele Male besucht und dabei stets anerkannt, daß China ein alter Freund des südafrikanischen Volkes sei. Die taiwanesischen Behörden hätten da-

gegen jahrelang die weiße Regierung unterstützt und ihr Siegel damit auch unter dessen Apartheid-Politik gesetzt. Erst als sich Südafrikas Kampf gegen die Apartheid einem erfolgreichen Ende näherte, seien die "Taiwan-Behörden" zum Kurs des "Afrikanischen Nationalkongresses" übergeschwenkt.

Seit drei Jahren warte nun die VR China geduldig darauf, daß Südafrika den Realitäten Rechnung trage und mit Beijing in offizielle Beziehungen eintrete, gleichzeitig also auch sein Verhältnis zu Taiwan abbreche. Das Land möge sich nicht länger von Taiwans "Gelddiplomatie" irreführen lassen. Eine "Doppelanerkennung" führe zu nichts.

Diplomatische Beziehungen zwischen Taiwan und der Republik Südafrika waren am 28.4.1976 aufgenommen worden. Schon vorher hatten beide Seiten miteinander enge wirtschaftliche und politische Kontakte unterhalten, doch war die Regierung in Taibei aus Rücksicht auf die schwarzafrikanischen Länder mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum Apartheid-Staat auf Wartestellung geblieben. Erst nachdem sich die meisten afrikanischen Partner von Taibei abgewandt und - im Gefolge der Aufnahme der VRCh in die UNO 1971 - diplomatische Beziehungen zu Beijing aufgenommen hatten, sah Taiwan keinen Anlaß mehr, die Schamfrist noch länger hinauszuschieben.

Beide Regierungen hatten seitdem eine Art "Partnerschaft unter Ausgestoßenen" geführt: Hie das diplomatisch immer einsamer werdende Taiwan, dort das wegen seiner Apartheidpolitik verfeimte Südafrika. So sehr haben sich beide Seiten in den nachfolgenden 20 Jahren an die glänzend funktionierende Zusammenarbeit gewöhnt, daß es selbst einem Politiker wie Mandela, der unter Südafrikas Apartheidpolitik ja jahrzehntelang gelitten hatte, als "unmoralisch" erschiene, die einstige Partnerschaft in Not so mir nichts dir nichts wieder aufzukündigen. -we-

Innenpolitik

*(5)

Das "10.000-Zeichen-Memorandum": orthodoxe Kritik am Reformkurs und Untergangswarnungen

Eine umfangreiche politische Denkschrift, die seit Herbst 1995 in Partei- und Intellektuellenkreisen der VR Chi-

na inoffiziell zirkuliert, hat im Vorfeld der Oktober-Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh für beträchtliche Unruhe gesorgt. Das anonym verbreitete Dokument trägt den Titel "Einige Faktoren, die die Sicherheit des chinesischen Staates berühren" und übt aus orthodoxer marxistisch-leninistischer Sicht Kritik an Mißständen und Fehlentwicklungen, die als Folge der Reform- und Öffnungspolitik in China zu Tage treten. In China wird das Dokument, das auf starke Beachtung unter Ideologie- und Propagandakadern und auf leidenschaftliche Ablehnung unter Reformbefürwortern stößt, wegen seines Umfangs nur kurz "10.000-Zeichen-Memorandum" genannt.

Der Text des klassenkämpferischen Memorandums wurde von einer Hongkonger Zeitschrift im Wortlaut abgedruckt (*Yazhou zhoukan*, 14.1.1996, S.22-28, übersetzt in SWB, 16.9.1996) und enthält nicht nur schneidende Kritik an der Wirtschaftsreformpolitik, sondern auch nachdrückliche Warnungen vor einem möglichen Untergang der Kommunistischen Partei, der durch die unkontrollierte Ausbreitung einer "neuen Bourgeoisie" der Privatunternehmer, durch Korruption in Partei und Staat sowie durch den wachsenden Einfluß des "internationalen Kapitals" hervorgerufen werden könnte. Folgende Kernpassagen sind in der Denkschrift enthalten:

* "Der neu entstandene Privatsektor wird als wirtschaftlicher Rückhalt für die politischen Forderungen der neu entstandenen Bourgeoisie dienen... Sobald es die Situation erlaubt, werden diese Leute [die Privatunternehmer] nicht viel Zeit brauchen, um offen eine bourgeoise politische Partei zu gründen... Die innerchinesische Bourgeoisie vereint ihre Kräfte mit dem internationalen Kapital, um die Strategie der friedlichen Evolution [zum Kapitalismus] in China durchzusetzen."

* "Zwar fanden [in der Geschichte der VR China] mehrere große Auseinandersetzungen innerhalb der KPCh statt, aber diese wurden in einem Umfeld ausgetragen, in dem es keine außerparteiliche Bourgeoisie gab. Gleich wie die innerparteilichen Auseinandersetzungen [damals] verliefen, die Führung der Partei über den Staat war nie direkt gefährdet. Die Rückkehr der Bourgeoisie aber hat dieses Umfeld fundamental verändert... Wenn die Bedingungen einmal reif sein sollten, werden [diese Kräfte] die Kommunistische Partei 'vollständig zerstören' mit

der Kooperation und Unterstützung der internationalen Bourgeoisie."

* "Die Schwächung der Parteiorganisation gleicht einer Osteoporose... Infolge der Aufgabe der Planwirtschaft, der partiellen Restauration des Privateigentums, des Kollapses des sozialistischen Systems in Osteuropa und der Sowjetunion haben große Verschiebungen im Bewußtsein mancher Parteimitglieder stattgefunden... Aus deren Sicht ist der Sozialismus gescheitert, der sozialistische Entwicklungsweg ist eine Sackgasse, der Kommunismus ist bloße Fantasie und Marxismus-Leninismus/Mao-Zedong-Ideen sind überholt."

* "Wenn solche ideologischen Veränderungen sich in der Partei ausbreiten, ist kaum zu erwarten, daß eine große Zahl von Parteimitgliedern mutig voranschreiten wird, um für die Partei zu kämpfen, sollte eine ähnliche Situation entstehen wie beim 'August-Zwischenfall' in der Sowjetunion [1991]. Unsere [mehr als] 50 Mio. Parteimitglieder werden dann nicht zählen."

* "Ein Bauer aus dem Kreis Renshou in der Provinz Sichuan hat [kürzlich] gesagt: 'Die Kommunistische Partei liebt heutzutage die Reichen mehr als die Armen'... Eine beträchtliche Zahl von Arbeitern und verarmten Bauern findet, daß die Partei nicht ihre Interessen, sondern die Interessen derjenigen repräsentiert, die Wissen, Fähigkeiten und Reichtum besitzen... Diese Entfremdung... wird die Partei in kritischen Momenten in eine isolierte und hilflose Situation hineinmanövrieren ähnlich der, in der sich die KPdSU während des 'August-Zwischenfalls' 1991 befand".

Der ehemalige Direktor der KP-Propaganda-Abteilung, der 81jährige Deng Liqun, der seit den achtziger Jahren zahlreiche marxistische Theoretiker um sich versammelt hat und in den neunziger Jahren zum führenden Vertreter des politisch geschwächten orthodoxen Flügels der KPCh geworden ist, hat im September auf einer Beijinger Wirtschaftskonferenz öffentlich erklärt, daß er persönlich mit der Denkschrift nichts zu tun habe. Das Dokument sei von einem bislang unbekanntem Autor namens Li Yanming verfaßt worden, der "schreiben kann, was er will". Allerdings wies Deng Liqun darauf hin, daß auch er in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Chinas "viele Probleme trotz des großen Potentials" sehe. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß Deng Li-